



NIEDERSCHRIFT

über die 10. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 19.05.2020,

Kulturzentrum Altes Kaufhaus, Rathausplatz 9

Beginn: 17:00

Ende: 17:45



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Follmann

Lea Heidbreder

Lea Saßnowski

CDU

Cyrus Bakhtari

Susanne Burgdörfer

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

SPD

Paule Albrecht

Florian Maier

Vertretung für Herrn Demmerle

Lisa Rocker

Vertretung für Herrn Schowalter

FWG

Wolfgang Freiermuth

AfD

Norbert Herrmann

Vertretung für Herrn Gies

Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann

Vertretung für Frau Dr. Migl

FDP

Jochen Silbernagel

Die LINKE



Bastian Stock

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Berichterstatter

Christine Baumstark

Hauptamt

Stefan Joritz

Rechtsamt

Martin Messemer

Finanzverwaltung/ Wirtschaftsförderung

Jan Marco Scherer

Sozialamt

Sonstige

Sandra Diehl

Pressestelle

Schriftführer/in

Marc Siener

Entschuldigt

SPD

Hermann Demmerle

vertreten durch Herrn Maier

Armin Schowalter

vertreten durch Frau Rocker

AfD

Christian Gies

vertreten durch Herrn Herrmann

Pfeffer und Salz



Dr. Gertraud Migl

vertreten durch Frau Kleemann



Der Vorsitzende bat um Absetzung der Sitzungsvorlage 400/160/2020 „Zweckvereinbarung über den Betrieb und die Beteiligung an den Kosten des Medienzentrums Südliche Weinstraße Landau von der Tagesordnung.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig die Absetzung von der Tagesordnung.

Zudem bat der Vorsitzende um eine weitere Änderung der Tagesordnung. Die Sitzungsvorlage 500/050/2020 „Leistungsgewährung in der Eingliederungshilfe“ sollte als neuer TOP 2 beraten werden.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig die Sitzungsvorlage als neuen TOP 2 zu beraten.

Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Leistungsgewährung in der Eingliederungshilfe
Vorlage: 500/050/2020
3. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Öffnung des Parkplatzes am Finanzamt
Vorlage: 101/540/2020
4. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Bericht zum Stand der Digitalisierung
Vorlage: 101/541/2020
5. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Erhöhung der Stellen für den kommunalen Vollzugsdienst
Vorlage: 101/542/2020
6. Gemeinsamer Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion, CDU-Stadtratsfraktion und FDP-Stadtratsfraktion; Aktueller Sachstandsbericht zum Reformprozess der Universität
Vorlage: 101/543/2020
7. Gemeinsamer Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion, CDU-Stadtratsfraktion und FDP-Stadtratsfraktion; Einberufung Schulträgersausschuss zur Information zur stufenweisen Öffnung der Landauer Schulen
Vorlage: 101/544/2020
8. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zum Schulneubau des Caritas-Förderzentrums St. Laurentius und Paulus, Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung, Herxheim
Vorlage: 400/161/2020



9. Ausbau der Walsheimer Straße in Landau-Nußdorf,
Vergabe der Straßenbauarbeiten und der anteiligen Baustelleneinrichtung
Vorlage: 680/213/2020
10. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

1. Besetzung der ausgeschriebenen Stelle der Abteilungsleitung technisches Gebäudemanagement und stellvertretende Werkleitung und Eingruppierung
Vorlage: 110/171/2020
2. Besetzung der ausgeschriebenen Stelle im Bereich Feuerwehrtechnischer Dienst im vorbeugenden Brandschutz, Abteilung Brand- und Katastrophenschutz
Vorlage: 110/172/2020
3. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es nichts zu protokollieren.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Leistungsgewährung in der Eingliederungshilfe

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Sozialamtes vom 14.05.2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. In der letzten Sitzung hatte die Linke-Stadtratsfraktion einen Antrag zu diesem Thema gestellt. Die Leistungen in der Eingliederungshilfe wurden in voller Höhe weitergezahlt. Diese Sitzungsvorlage wäre das Ergebnis hierzu. Die Stadt sei der Empfehlung des Landes gefolgt.

Bürgermeister Dr. Ingenthron informierte über den dynamischen Prozess. Die Leistungsgewährung sei der Schutzschirm der einzelnen Gebietskörperschaften. Die Fortzahlung gehe über das Sozialdienstleistungsgesetz hinaus, da die Gelder in voller Höhe gewährt wurden. Er empfahl der Sitzungsvorlage zuzustimmen.

Der Vorsitzende ergänzte, dass insgesamt 175.000 Euro bereitgestellt werden. Diese Summe sei für die Sicherstellung der sozialen Infrastruktur erforderlich.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

- a) Die Leistungen der Eingliederungshilfe im Bereich der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen (§ 1 Abs. 1 AGSGB IX) werden bis zum Ende des Monats Mai 2020 fortgezahlt.
- b) Die dafür benötigten Mittel in Höhe von 175.000 € werden, in analoger Anwendung der Landesweisung im Bereich der Erwachsenen und gemäß der landesweiten Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden, aus dem Haushalt des Sozialamtes zur Verfügung gestellt.
- c) Für den Fall, dass auch im Monat Juni 2020 eine gleichartige Regelung gelten werden sollte, werden zusätzlich 115.000 € bereitgestellt.
- d) Eine Auszahlung an die Leistungserbringer erfolgt nur unter der Maßgabe, dass keine anderen Ausgleichs- oder Ersatzleistungen bezogen wurden. Gegebenenfalls sind diese Leistungen bei der Fortzahlung in Abzug zu bringen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion; Öffnung des Parkplatzes am Finanzamt

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 28. April 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Herrmann begründete den Antrag. Durch das neue Mobilitätskonzept und den geplanten Umbau der Königstraße würden 60 bis 70 Parkplätze in der Innenstadt wegfallen. Den Bürgern müssten auch Parkplätze im Innenstadtbereich angeboten werden.

Der Vorsitzende verwies darauf, dass die Thematik in der Vergangenheit bereits behandelt wurde. Durch die städtische Beteiligung am Parkhaus am Großmarkt sei die Stadt an Vertragsbedingungen gebunden. Danach dürften keine anderen Parkplätze im unmittelbaren Umkreis geschaffen werden. Der Parkhausbetreiber hatte mitgeteilt, dass das Parkhaus zu keiner Zeit voll ausgelastet wäre. Er würde daher empfehlen, die Gespräche mit dem Finanzamt erst zu führen, wenn ein tatsächlicher Bedarf besteht.

Ratsmitglied Herrmann war mit der Vorgehensweise einverstanden.

Der Hauptausschuss nahm den Antrag zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Bericht zum Stand der Digitalisierung

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 30. April 2020.

Ratsmitglied Burgdörfer begründete den Antrag. Die Corona Pandemie habe den Fortschritt der Digitalisierung im Alltag beschleunigt. In den letzten Wochen wurden vermehrt Videokonferenzen oder Schulungen mittels digitaler Medien durchgeführt. Die Digitalisierung werde künftig eine größere Bedeutung haben als bisher. Deshalb sehe der Antrag die Prüfung der verschiedenen Handlungsfelder vor.

Der Vorsitzende berichtete, dass die Verwaltung sich intensiv mit der Digitalisierung beschäftige. Die kommunale Verfassungsreform wurde nicht zuletzt wegen der Digitalisierung zurückgestellt, da deren Effekt nicht abzuschätzen sei. Die Verwaltung werde für die nächste Sitzung des Hauptausschusses einen schriftlichen Gesamtüberblick erstellen. In der Sitzung selbst könnten Rückfragen beantwortet werden.

Ratsmitglied Maier stimmte dem Prüfauftrag zu. Er fragte nach der interkommunalen Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung. Ein gemeinsames Rechenzentrum oder eine Bündelung der Lizenzen könnte ebenfalls vorteilhaft sein.

Ratsmitglied Freiermuth begrüßte den Antrag. Es wäre wichtig, dass alle Schulen die gleichen technischen Ausstattungen hätten.

Der Vorsitzende bestätigte, dass die Stadt diese Strategie verfolge. Die jeweiligen Schultypen werden einheitlich ausgestattet.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig, die Verwaltung mit der Erstellung eines schriftlichen Berichts für den Hauptausschuss am 9. Mai 2020 zu beauftragen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Erhöhung der Stellen für den kommunalen Vollzugsdienst

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 11. Mai 2020.

Ratsmitglied Bakhtari erläuterte den Antrag. Dem kommunalen Vollzugsdienst komme eine immer wichtigere Bedeutung zu. Zudem würden die kommunalen Aufgaben sowohl qualitativ als auch quantitativ wachsen. Die bisherigen Personalressourcen wären das Mindestmaß für die bisherigen Aufgaben.

Der Vorsitzende begrüßte den Antrag im Namen der Verwaltung. Die 8 Stellen im kommunalen Vollzugsdienst seien voll ausgelastet. Er erinnerte, dass die Stellen in den letzten Jahren bereits aufgestockt wurden. In diesem Bereich würde eine große Dynamik bestehen. Es habe bereits Hinweise der Polizei gegeben, dass die kommunalen Ordnungsaufgaben von der Stadt zu erfüllen sind. Hinzu kommen spezielle Aufgaben wie Aktion Saubere Stadt, die Verkehrsüberwachung in der Fußgängerzone und andere situationsabhängige Prüfaufträge. Perspektivisch müssten die Stellen im Haushalt abgebildet werden.

Ratsmitglied Maier begrüßte den Antrag. Die Überwachung des fließenden Verkehrs werde eine große Aufgabe. Es sei fraglich, ob die zwei neuen Stellen dafür ausreichen würden.

Ratsmitglied Freiermuth stimmte dem Antrag zu. Er fragte nach der Haltung der ADD zu diesem Vorhaben.

Der Vorsitzende erläuterte das Verfahren des Nachtragshaushalts. Grundsätzlich könne eine Ablehnung des Nachtragshaushalts nicht ausgeschlossen werden. Jedoch würde auch die ADD die Leistung der Kommunen wahrnehmen. Bei der Aufstockung müsse die Genehmigung des Nachtragshaushalts abgewartet werden.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden Beschlussvorschlag:

Im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2020 wird der kommunale Vollzugsdienst um zwei weitere Stellen, von acht auf zehn Stellen, erhöht.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Gemeinsamer Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion, CDU-Stadtratsfraktion und FDP-Stadtratsfraktion; Aktueller Sachstandsbericht zum Reformprozess der Universität

Der Vorsitzende verwies auf den gemeinsamen Antrag der Grünen-, CDU-, und FDP-Stadtratsfraktionen vom 11. Mai 2020.

Ratsmitglied Heidbreder erläuterte den Antrag. Das Gesetz zum Reformprozesses der Universität wurde in der vergangenen Woche erlassen. Derzeit seien die Landauer Ressourcen vollkommen in den Entkopplungsprozess eingebunden. Der Standort Landau verfolge die interdisziplinäre Strategie und würde die Profilbildung forcieren. Weiterhin bestehe die Finanzierungsproblematik und die Diskrepanz zwischen den Standorten Kaiserslautern und Landau. Während Kaiserslautern bereits über 2 Millionen Euro erhalten habe, wäre für den Standort Landau noch keine Summe genannt worden. Durch die Corona Krise wurde die Online-Lehre gefördert. Fraglich sei, ob das digitale Angebot sich direkt auf den Standort auswirken würde. Die Fraktionen würden daher anregen, die Präsidentin und Vizepräsidentin der Universität Landau-Koblenz in ein städtisches Gremium einzuladen, mit der Bitte um einen aktuellen Sachstandsbericht.

Der Vorsitzende berichtete von der angespannten Lage, die insbesondere seit der Veröffentlichung des Gesetzesentwurfes bestehe. In wöchentlichen Telefonkonferenzen würde er sich mit der Universitätsleitung und dem zuständigen Dezernenten, Herrn Hartmann, austauschen. Er begrüße eine Berichterstattung in einem städtischen Gremium. Aufgrund der Termindichte wäre eine Terminierung vor der sitzungsfreien Zeit schwierig. Er würde die Einberufung eines Ältestenrates empfehlen, zu dem die Universitätsleitung und die Vorsitzende des Kuratoriums eingeladen werden. Bei Bedarf könnte die öffentliche Debatte nach der sitzungsfreien Zeit stattfinden. Bei Zustimmung werde er einen Termin mit den Beteiligten vereinbaren.

Der Hauptausschuss stimmte der vorgeschlagenen Vorgehensweise einstimmig zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Gemeinsamer Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion, CDU-Stadtratsfraktion und FDP-Stadtratsfraktion; Einberufung Schulträgerausschuss zur Information zur stufenweisen Öffnung der Landauer Schulen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag den gemeinsamen Antrag der Grünen-, CDU-, und FDP-Stadtratsfraktionen vom 11. Mai 2020.

Ratsmitglied Lerch erläuterte den Antrag. Die Corona Pandemie habe die Schulen besonders stark getroffen. Die achtwöchige Schließung habe Lehrer, Schüler und Eltern vor große Herausforderungen gestellt. Die Schulen würden in einem gestuften Verfahren wieder geöffnet werden. Ab dem 8. Juni sollen alle Schüler in einem 14tägigen Rhythmus beschult werden. Dieses Verfahren führe zu enormen räumlichen und personellen Problemen an den Schulen. Parallel zu dem Unterricht in gleich vielen Klassen müsste auch die Notbetreuung gewährleistet werden. Zusätzlich sei mit dem Ausfall mehrerer Lehrer zu rechnen, da diese zur Risikogruppe zu zählen sind. Der Antrag soll zu einer größeren Klarheit und Sicherheit bei den Beteiligten führen.

Der Vorsitzende informierte über eine bereits terminierte Sitzung des Schulträgerausschusses. Die Sitzung würde am Mittwoch, den 27. Mai 2020 um 17:00 Uhr im Alten Kaufhaus stattfinden. Zur Beantwortung der Fragen werden Berichterstatter des Schulamtes, der Mobilitätsabteilung und des Gebäudemanagements eingeladen. Der Antrag wäre somit abgearbeitet.

Bürgermeister Dr. Ingenthron berichtete, dass im Hauptausschuss und den wöchentlichen Telefonkonferenzen des Ältestenrates bereits einige Aspekte angesprochen wurden. Der ausführliche Bericht über den Schulbetrieb werde im Schulträgerausschuss vorgetragen. Im Vorfeld wurden mit allen Schulleitungen Gespräche geführt. Der vorgeschriebenen Hygieneplan werde an allen Schulen umgesetzt.

Ratsmitglied Maier beschrieb die verschiedenen Argumentationen der Schuleröffnung. Während Virologen gegen die Schulöffnung seien, würden die Mediziner die Schulöffnung fordern. Die Entscheidungsträger müssten die Argumente entsprechend abwägen. Für die soziale Gerechtigkeit wäre es wichtig, dass alle Schüler zumindest einmal vor den Sommerferien in die Schule gehen würden. Andere Bundesländer seien in diesem Bereich weniger erfolgreich.

Der Hauptausschuss nahm den Antrag zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zum Schulneubau des Caritas-Förderzentrums St. Laurentius und Paulus, Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung, Herxheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 5. Mai 2020 auf die verwiesen wird.

Bürgermeister Dr. Ingenthron beschrieb die intensive Arbeit hinsichtlich dieser Thematik. Die Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung würde mit einem Internat kombiniert werden. Eine solche Kombination würde es nur noch ein weiteres Mal im Land geben. Die Vorlage sei das Ergebnis der letzten eineinhalb Jahren. Er dankte den beiden Schulamtsleitern, Herrn Müller und Herrn Schilling, für ihre Arbeit. Die Grundsatzfrage wäre gewesen, ob das bestehende Gebäude saniert oder ein Neubau errichtet werden soll. Ein Neubau würde die beste Perspektive bieten. Die Finanzierung werde durch diese Vereinbarung geregelt. Die Kreisausschüsse der Landkreise Südliche Weinstraße und Germersheim hätten bereits zugestimmt. Nur zwei der 150 Schüler würden aus Landau kommen. Die finanzielle Beteiligung in Höhe von 8.000 Euro jährlich wäre überschaubar.

Der Hauptausschuss stimmte einstimmig für den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt der dieser Sitzungsvorlage anliegenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Caritas Betriebsträgergesellschaft mbH Speyer (CBS) mit dem Caritasverband für die Diözese Speyer e.V. und den Landkreisen Südliche Weinstraße und Germersheim sowie den kreisfreien Städten Landau in der Pfalz und Neustadt an der Weinstraße zum Schulneubau des Caritas-Förderzentrums St. Laurentius und Paulus, Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung, Herxheim, zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Ausbau der Walsheimer Straße in Landau-Nußdorf,
Vergabe der Straßenbauarbeiten und der anteiligen Baustelleneinrichtung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Bauverwaltung vom 30. April 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig den nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Auftrag zur Ausführung der Straßenbauarbeiten, Fachlos 4, und der anteiligen Baustelleneinrichtung (Fachlos 1) für den Ausbau der Walsheimer Straße in Landau-Nußdorf ist der Firma Tas & Balci Straßenbau GmbH, Eisenberg/Pfalz, zu dem Preis ihres Angebotes vom 20.04.2020 einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 431.692,12 EUR zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte über die Entwicklungen der Corona Pandemie. Die Lockerungen würden nahezu alle Bereiche der Verwaltung fordern. Viele Prozesse müssten umgestaltet werden. Die Thematik würde voraussichtlich auch die Ausschusssitzungen betreffen. Ziel sei nach wie vor, die Bürger weiter zu versorgen. Jedoch bat er auch um Rücksicht mit der Verwaltung.

Ratsmitglied Saßnowski fragte nach einem möglichen Termin des Kulturausschusses. Es würde einige Themen zu beraten geben. Neben einer Information über die Ersatzveranstaltungen würde auch noch der Ausgestaltung des Kulturbeirates auf der Agenda stehen. Sie bat um einen Zwischenbericht.

Bürgermeister Ingenthron berichtete über das große Engagement der Kulturabteilung. Die Ressourcen seien begrenzt, weshalb die Aufgaben priorisiert werden mussten. Die Entwicklung eines Kulturbeirates wurde weiter vorangetrieben. Er halte einen schriftlichen Bericht vor der sitzungsfreien Zeit für sinnvoll.

Ratsmitglied Saßnowski war mit der Vorgehensweise einverstanden.

Ratsmitglied Heidbreder erkundigte sich nach der untersagten energetischen Sanierung von Herrn Postleb. Dabei war sie an der Stellung des Stadtvorstandes bzw. der Verwaltung zu der Thematik interessiert. Eine energetische Sanierung sei begrüßenswert.

Der Vorsitzende versicherte eine schriftliche Rückmeldung zu geben.



Die Niederschrift über die 10. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 19.05.2020 umfasst 13 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 43.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Marc Siener
Schriftführer